



mit Recht betont hat, Wege gehen, für die es kaum ein gesellschaftliches Vorbild gibt, weil alle bisherigen Kräfte sich entweder ihrem Umfange nach überaus weit über den wirtschaftlichen Störungserfahrungen hinaus gegenwart vergleichen lassen oder durch die langen Zeiträume der eingehenden Fortschritts zu sehr entzweit sind, als daß sie ein faires Bild von den sozialen Verhältnissen und Maßnahmen gewinnen könnten, unter denen Arbeit hervorgehen, es sei jederzeit möglich, daß sich die eine oder andere Maßnahme, die wir heute treffen, als nicht wirksam erweist. Diese Sorge scheint uns nur berechtigt, soweit es sich um Arbeitsbeschäftigung handelt, die mit Arbeitsentziehung an einer anderen Stelle verbunden ist, wie das bei der Verwendung von Steuern und Abgaben zu Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen im Inneren und bei der Verwendung von Kapitalen aus dem Kapitalmarkt häufig der Fall ist. Soweit jedoch die Erfüllung der Wirtschaft in einem Kredit vorliegt, können uns solche Besorgnisse nicht am Plage zu sein, und es kommt entgegen einer weit verbreiteten Auffassung dabei nicht einmal peinlich genau auf den Verwendungszweck an, dem dieser neue Kredit dient, sofern es sich um einen wirklich um neuen Kredit handelt. Gewiss kann die Verknüpfung von Kredit und Arbeitsbeschäftigungspartialität gegen, aber diese Grenzen dürfen im jetzigen Stadium der Entwicklung ziemlich elastisch sein. Diese Idee, allein produktive Arbeitsbeschäftigung verdient vor allen anderen Methoden der Bewirtschaftung des Kredites auf Arbeit bei weitem den Vorrang. Sie allein ermöglicht es, Arbeitslose in Arbeit zu setzen, ohne daß das auf Kosten anderer Vorkaufungen geschieht. Die Arbeitsbeschäftigung allein, eine einträgliche Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit; jene einträgliche Lösung, von der Güter vor einem Monat auf der Führertagung in Versailles erlassen hat, nur sie gestatte die Bewirtschaftung der nationalsozialistischen Auffassung der Arbeit, daß der Staat nicht dazu da sei, Renten auszuspenden, sondern Arbeitsmöglichkei-

### Die Arbeitsstreckung

Das heißt nicht, daß die dieser echten Arbeitsbeschäftigung in der Lebensgemeinschaft keine ergänzenden Maßnahmen treten sollten. Als eine solche ergänzende Maßnahme, die zwar als Sozialleistung nicht vermehrt, aber die entsprechenden Güter aufweist, ist die Arbeitsstreckung zu betrachten, die dazu hinausführt, die Arbeit in ihrem jeweiligen Gesamtumfange unter Berücksichtigung sozialer Bedürfnisse auf die Arbeitsfähigen gerecht zu verteilen. Der Zweck aller menschlichen Tätigkeit ist nach Sichte der, leben zu können, und auf diese Möglichkeit, zu leben, haben alle, die von der Natur in das Leben gestellt wurden, den gleichen Anspruch. Die Teilung muß daher auf der Basis der Gerechtigkeit, die Arbeit haben können. Ein Verbot der Arbeitsstreckung für unsere Zeit hat nicht die Vereinerlichung der Niederklassigen-Beschäftigten Arbeitsverhältnisse ausgearbeitet. Wir haben in unserem Kommentar dazu schon dem Wunsch Ausdruck gegeben, die ganze deutsche Industrie müsse sich als Arbeitsfeld ihrer Empfehlungen betrachten. Sie lauten darauf hinaus, daß jeder neue oder fortwährende Arbeitsplatz mit einem geeigneten Unterhaltungs-Gesamtpaß angelegt werden soll; daß bei der Einstellung ehemaliger Arbeitsangehöriger die sozial und wirtschaftlich Beschäftigten bevorzugt werden; daß zwecks Erparnis der Unterhaltung für mehrere unterliegende Arbeitslose wenigstens ein ein Familienmitglied Arbeit und Brot wiedergegeben werden soll; daß jede Arbeitsbeschäftigung der Werte hinsichtlich einer Arbeitskraft für den Staat zu berücksichtigen sind; daß der Staat die Unterhaltung von Arbeitslosen (Nachtlinie) durchsichtlich die 40-Stunden-Woche; daß Arbeitsplätze, die von Doppelverdienern eingenommen werden, für Sozial-Beschäftigte geräumt werden; daß Schwarzarbeit völlig unterbunden werden soll. Man sieht, bei diesen Richtlinien ist zugleich auf die Erparnis öffentlicher Unterhaltungen Rücksicht genommen.

### Unterstützung mit Arbeit

Diese Richtlinien sind besonders deswegen notwendig, weil die öffentlichen Kräfte selbst bei Entlastung von Unterhaltungsfordernissen um so härter tropaziert werden, je mehr die Einsicht durchdringt, daß es nicht genügt, den Arbeitslosen ein paar Mark auszuhändigen, sondern daß es namentlich angeht, die für viele eingetretene Dauerarbeitslosigkeit darauf anzuwenden, diesen Menschen auch die Mittel zu helfen, indem man ihnen nicht nur ein Existenzminimum sichert, sondern auch eine Arbeit zuweist, im Wege des Arbeitsdienstes und im Wege der Pflichtarbeit. Auch diese Entscheidung knüpft an eine alte Tradition an. Schon das Preussische Landrecht, Titel 2, Titel 19, enthält den Satz: „Denjenigen, welchen es nur an Mittel und Gelegenheit mangelt, ihren und der Ihrigen Unterhalt zu verdienen, sollen Arbeiten angeboten werden, die ihren Kräften und Fähigkeiten angemessen sind.“ Auch in früheren Zeiten hatte man bezahlte Einrichtungen getroffen. 1790 und 1830 waren in Frankreich die „Arbeitsstättenverhältnisse“ errichtet worden, die freilich von den Regierungen bald aufgehört wurden, weil sie sich zu einem Zweck politischer Agitation entwickelten.

### Das Recht auf Arbeit und das Arbeitsrecht

Wir haben in Deutschland fast dem Ende des Krieges ein umfassendes Arbeitsrecht ausgebildet. Dieses Arbeitsrecht (Eiderung des Tarifrechtes, Entlassungsrecht, Sozialversicherungsrecht) kam im weitestenden Sinne zugute, die sich in Lohn und Brot befanden. Dieses verfassungsmäßig gesicherte Arbeitsrecht, das Recht e Arbeit, mußte an Bedeutung verlieren, je größer die Zahl der Arbeitslosen wurde. Das nationalsozialistische proklamiertes Recht auf Arbeit (durch den Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch einen

schaffliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben.“ Art. 163 Abs. 2 der Weimarer Verfassung), nicht mehr verwirklichten konnte. Zwar hatte sich die sozialpolitische Gesetzgebung auf der Arbeitlosen durch den Ausbau der Unterhaltungsleistungen und der Arbeitslosenversicherung angenommen werden. Aber je länger die Arbeitslosigkeit dauerte, desto größer wurde die Forderung laut, daß ohne übertriebene Rücksicht auf das Arbeitsrecht das Recht auf Arbeit respektiert würde. Heute sehen wir wunderliche Kollisionen dieser beiden Rechte. Die arbeitsbeschaffenden Maßnahmen haben zu Abweichungen vom normalen Arbeitsverhältnis geführt. Für Arbeitslosenarbeiter und für die Arbeitgeber der Gemeinden erfolgen besondere Satzregelungen. Oft wurde die Grenze zwischen dem eigentlichen Arbeitsverhältnis und dem Fürsorgeverhältnis, das der arbeitsbeschaffende Bindung überhaupt entgegen ist, fast vermischt. Das ist ein Übergangsstadium, und es wird vermutlich nie kurz oder lang ein Zustand erreicht. Dieser Ausgleich wird um so günstiger zu gestalten können, je vollkommener das große Recht der arbeitsbeschaffenden Tätigkeit mit der natürlichen Entwicklung der Konjunktur, von Erfolg gekrönt sein wird und je eher es sich als möglich erweist, die Hilfsfunktion der Arbeitsstreckung und die Konstitution der Unterhaltung mit Arbeit abzubauen.

# Hilfe für die Kinderreichen

## Ein Aufruf für bevölkerungspolitische Aufklärung

Das Reichministerium für Volksaufklärung und Propaganda richtet an alle Organisationen, Verbände und Vereine im Deutschen Reich folgenden Aufruf:

„Einer der grundlegenden wichtigsten Programmpunkte der nationalsozialistischen Bewegung war von jeder Durchdringung des politischen und wirtschaftlichen Lebens mit erbblologischen Gedanken. Nach der Machtübergang ist es mitnächst selbstverständliche Pflicht der nationalen Regierung, diese programmatischen Forderungen der Kampfsphäre zum Durchbruch und Sieg zu verhelfen. Das ganze Handeln und nünftige Leben wird in Zukunft durch diese erbblologische Bevölkerungspolitische und erbblologische Gedanken beeinflusst und gestaltet werden.“

Erbblologische Denken weist über den Kreis des Einzelindividuum und seiner Gänge hinaus in die Weiten der Generationen, von Jahrbunderten und Jahrtausenden. Es ist klein und erhaben, die eigene, wenig kleine und bedeutungslose Person, das eigene Wohlergehen in Oegenlag zu stellen gegen das Leben und die Entwicklung der Nation. Denn bei aller Zuerlichkeit zu dem geliebten Kern im deutschen Menschen und in der deutschen Seele wollen wir uns der bitteren Erkenntnis nicht verschließen, daß es ein Sein oder Nichtsein, um Leben oder Dasein des deutschen Volkes geht.

Darum muß das zum selbstverständlichen Allgemeinrat der ganzen Volkes werden, was jetzt ihnen die Willens und Denkenden längst kennen und fühlen. Die einfachsten Grundgedanken erbblologischen Denkens müssen ebenso dem Bewußtsein jedes einzelnen eingeprägert werden, wie die statischen und volkswirtschaftlichen Aufgaben das ganze Volk erfassen und erhellen müssen. Dazu ist eine großangelegte Aufklärungsaktion notwendig, die nicht nur in der Richtung der Tagespresse, des Rundfunkprogramms und der Zeitungsblätter geschehen muß, sondern die auch in jeder Form der Schulung und im Volksunterricht, in jeder Art und Weise durchgeführt, ausbreitet und wagt wird.

Zunächst forderungen richten wir an alle die deutschen Organisationen, Verbände und Vereine, in denen sich der deutsche Mensch freiwillig organisiert, einordnet und zusammenschließt. Hier zählt es vornehmlich in Form seiner Beiträge nicht unerhebliche Summen an, indem sie die bevölkerungspolitischen Gedanken der Nation den besten für die Jugend und die Zukunft der Nation zu übertragen. Die deutschen Vereine jeder Art und Prägung sollen voranzugehen. Die Bevölkerungspolitische Aufklärungsaktion der Reichsregierung der Dr. Dietrichs als dem Propagandaministerium in einer Pressekonferenz näher Einzelheiten mit der Gebärde erstreckt sich auf die Monate September, Oktober, November 1933 und behandelt je Monat die Themen: Geburtendückung, volkswirtschaftliche Auswirkungen und erkrankter Nachwuchs. Plakate werden heute morgen in sämtlichen Schaufenstern Deutschlands hängen; sie sollen mit ihrem Appell „Mütter, kämpft für eure Kinder“ das Interesse des ganzen Volkes für die Aktion der Regierung wecken. Broschüren in Billigmannigfaltigkeit durch den Straßenhandel, durch die NS-Vertrauensleute und sämtliche deutschen Vereine verbreitet werden. Der Inhalt der Broschüren richtet sich an den einfachen Menschen. Hier, oben, ebenso wie bei den kommenden Veranstaltungen in Theater, Film, Rundfunk, nicht wissenschaftliche Forschungsergebnisse dargeboten, sondern in erster Linie das Interesse für die Bevölkerungspolitik planmäßig der Bevölkerungspolitik wachgerufen werden.

Die Regierung geht von dem Standpunkt aus, daß kein Deutscher oder Deutsche von Rassenpflege und Bevölkerungspolitik so gut wie nichts wissen, daß selbst die Reichstagskammer diesen Fragen der geringsten Interesse entgegenbringt, und daß jeder, der sich an der öffentlichen Arbeit, der Volkskammer und alle Kreise, die den Anstellungen und Familienangelegenheiten beschäftigen, über die bevölkerungspolitischen Absichten der Regierung auf das genaueste informiert sein müssen. Da jeder Deutsche in 3-20 Vereinen organisiert ist, muß man einmal die deutsche „Reinheimers“ aktivieren und auf dem Umwege über den Verein an den einzelnen herankommen. Das heißt in der Praxis folgendes: Jeder Deutsche, gleichgültig ob Angehöriger oder wissenschaftlichen Genium, hat eine Mitgliedschaft für einen Verein zu erwerben. Jeder Verein besteht und verteilt für sämtliche Mitglieder die Broschüren des Feldzugs für das Kind. Jeder Verein schaltet in seine Sitzungen, Generalsversammlungen, Besammlungen usw. gelegentliche kurze Vorträge über bevölkerungspolitische Themen ein, für die fertige Manuskripte, erst. Redner oder auch nur Material zur Verfügung gestellt werden. Das Publikum, das angelegentlich bevölkerungspolitische Veranstaltungen in großen Vorträgen interessiert, kann in dem Fall helfen, wenn ein besonderes Interesse sowie vorliegt, soll auf diese Weise gleichsam von allen Seiten überumpelt werden, wie man überhaupt bei der ganzen Aktion festes Gewicht auf eine psychologisch richtige

mit einer Entlastung ihrer Kinderreichen Mitglieder durch prozentuale Gehälter der Beiträge. Außer dieser Maßnahme in ihrem Eigenen werden aber auch alle Verbände und Vereine aufgefordert, praktische Mitarbeiter zu leisten bei den großen Aufklärungs- und Propagandaktionen, die das erbblologische Denken in die Gehirne und Herzen aller Deutschen hineinragen soll.

Jeder Vorstand muß es als Ehrenpflicht ansehen, seinen Aufklärungsarbeitern die besten Mitarbeiter zu stellen, welche Mitglieder bei ihm unterhaltenen Organisation zu erfassen. Der gemeinsame Geist in Sammelstellungen muß sorgfältig und gleichzeitig angeknüpft werden. Anmeldungen des Sparschreibens sind die zukünftige Zielgruppe der NSDAP zu richten, die die Beschlüssen an die NS-Organisationen als Treuhänder weiterleitet. Jede wichtiger Organisationsarbeit können die entsprechenden Stellen zu erteilt werden, daß auf den einzelnen ein geringes Verantwortung entfällt. Der Erfolg für die Gesamtheit und für die Zukunftsentwicklung und eben von größter Bedeutung sein, wenn es gelingt, jeden Deutschen bis ins letzte Dorf hinein mit jeder Auffklärung zu erfassen und innerlich zu durchdringen. Wichtigkeit wird diese Propaganda-Aktion zu einer praktischen Hilfe für Kinderreiche, denen der Überfluß des Einkommens über die Verpflegungsgelder der Aufklärungsarbeit ausgeht kommt.

Es ergeht, die sich aber nur an den Verband wenden kann wie eine durchgeführte Wendung der geistigen und physischen Struktur des deutschen Menschen erleben, wenn sie nicht gleichzeitig die Herzen erobert. Das herrliche, hohe Wort: „Omeinung geht vor Eigennutz“ ist fast schon abgegriffen im Mund aller Welt. Hier gilt es mehr denn je und muß das Sinnen und Trachten jedes Menschen völlig erfüllen. Der trostige Kampf: „Sieg oder Tod“ gilt vom Stampe der Erbologie gegen für diesen Kampf mehr als in einem Krieg mit dem physischen Waffen. Die Männer und Frauen, die Verantwortung tragen für das Wohl und Wehe der ihnen unterstellten Organisationen, seien sie auch im Rahmen des Augen noch so klein und bedeutungslos, sie alle tragen mit der Aufgabe, die ihnen heute anvertraut wird, eine gewaltige Verantwortung, der sie nicht entkommen können. Nur wenn sie ihre Pflicht freudig mit ganzer Sympathie erfüllen, werden sie das Ziel erreichen, was mit allen Umständen und jeder Verantwortung unserer Kräfte erreichen können, wenn Deutschland leben soll.“

# Der Feldzug für das Kind

Zum bevölkerungspolitischen Aufklärungsaktion der Reichsregierung der Dr. Dietrichs als dem Propagandaministerium in einer Pressekonferenz näher Einzelheiten mit der Gebärde erstreckt sich auf die Monate September, Oktober, November 1933 und behandelt je Monat die Themen: Geburtendückung, volkswirtschaftliche Auswirkungen und erkrankter Nachwuchs. Plakate werden heute morgen in sämtlichen Schaufenstern Deutschlands hängen; sie sollen mit ihrem Appell „Mütter, kämpft für eure Kinder“ das Interesse des ganzen Volkes für die Aktion der Regierung wecken. Broschüren in Billigmannigfaltigkeit durch den Straßenhandel, durch die NS-Vertrauensleute und sämtliche deutschen Vereine verbreitet werden. Der Inhalt der Broschüren richtet sich an den einfachen Menschen. Hier, oben, ebenso wie bei den kommenden Veranstaltungen in Theater, Film, Rundfunk, nicht wissenschaftliche Forschungsergebnisse dargeboten, sondern in erster Linie das Interesse für die Bevölkerungspolitik planmäßig der Bevölkerungspolitik wachgerufen werden.

### Grenzmark frei von Arbeitslosen

Oberpräsident Rube hat dem preussischen Minister des Innern gemeldet, daß die Provinz Grenzmark Polen-Schlesien jetzt frei von Arbeitslosen ist.

### Gegen zugelassene nichtarische Rechtsanwältinnen

Der Gau-Führer des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, Gau 9, Düsseldorf, Reichsstaatsanwaltschaft Schroer, veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt:

„Es ist leider wiederholt festgestellt worden, daß arische Professoren sich jüdischer Parteivertreter bedienen, ja, daß deutsche Professoren sogar nach der Zeitwende der nationalen Erhebung jüdische Anwälte mit der Führung ihrer Prozess-Angelegenheiten beauftragt haben. Ein solches Verhalten ist mit dem heutigen Rechtsverständnis unvereinbar. Der Nationalsozialistische Deutsche Juristenbund wird mit allen juristischen Mitteln darauf hinarbeiten bestrbt sein, daß bezahlte Fälle in Zukunft verweigert werden.“

DÜSSELDORF, 6. SEPTEMBER

# Das Programm der Stahlhelmutagung

Ueber das Programm der Reichsführertagung des Stahlhelms am 23. und 24. September in Hannover teilt die Stahlhelmutagung folgende Einzelheiten mit:

Die Tagung beginnt am Sonnabend, dem 23. September, vor-mittags mit einem Freieinladung. Der frühe Nachmittag bringt die eigentliche Führertagung. Diese findet in der Stahlhelmsäle für die dort nicht unterzubringenden Teilnehmer als Parallel-sitzung mit Ausnahme der Reichsführertagung im Stadion statt. Im Anschluss daran erfolgt Beschlusssitzung in der Stahlhelmsäle mit dem Bundesführer. Am Abend des ersten Tages ist ein feierlicher Empfang der Ehrengäste im neuen Rathaus der Stadt Hannover vorgesehen. Auf dem Rathausvorplatz wird ein großer Doppelpfeiler, ausgeführt von sechs Wulffkopfen, den Tag befehlen.

Der Sonntag bringt einen Aufmarsch der Fahnen mit Begleitern und der gelamten Führerschaft des Bundes auf der Waldwiese, der zu einem feierlich-repräsentativen Akt des Zweig- und Kreisführers für den nationalsozialistischen Kampf des Stahlhelms führt. In der nationalsozialistischen Kampfschule wird der Adolf Hitler geführte Stahlhelmschlachten unter dem Reichsführer-tagung am Nachmittag zu Ende gehen.

## Geinz Lahnens Niederschrift

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BEREMEN, 6. SEPTEMBER

Zu Beginn der gestrigen Verhandlung im Rodwolle-Prozess gibt O. C. Lahnens eine Erklärung ab, die sich mit der von seinem Bruder verfassten und am Montage erdörten Äußerung vom Anfang Juli 1931 bezieht. Der Herr Lahnens sagt, er sei sich zu-treffend, die Bezeichnung „Nach der Ultraschall“ habe da-gegen sein Bruder von den Parteiführern übernommen, ohne bei dem schlechten Zustand seiner Nerven die Bezeichnung zu erfassen. Er werde später Gelegenheit nehmen nachzuweisen, daß die Danaabart die Aufsicht verlor, habe die Rodwolle als Eindeutigkeit für den Zusammenhang der Donatist in Anspruch. Der Aufstufungsangehörige Rodwolle hätte seinen Bruder An-werfung gemacht, in jeder Hinsicht das zu tun, was die Dana-wünsche.

Das Gericht merkt sich bei der Überlieferung von 6 1/2 Millionen RM der Firma Zuhlen u. Co. Buenos Aires an die Rodwolle zu, die bereits gestern zur Einleitung stand. O. C. Lahnens widerlegt, daß es sich um eine Scheinverfälschung gehandelt habe, daß also auch in diesem Fall „Konjunkturverlie“ geschrieben worden seien.

O. C. Lahnens wird nun von den Staatsanwälten und dem Vorherrschen, die den wahren Grund für die erst 1931 erfolgte Rücküberweisung der 6 1/2 Millionen Reichsmark an Zuhlen u. Co. in Buenos Aires ermitteln wollen, sofort bedroht, und er erklärt, die Rodwolle habe in ihrer kürzesten Lage 1929 der argentinischen Gesellschaft nachgeliefert, ihrer Zeit bei in Laufe von zehn Jahren verdienten Zinssumme zurückzugeben. Zuhlen u. Co. ging darauf ein unter der Voraussetzung, daß sich die Geschäfte und damit die Gewinne in der kommenden Zeit noch freieren würden. Angesichts der ungünstigen Entwicklung bei der Rodwolle trat diese Bedingung nicht ein und infolgedessen seien die 6 1/2 Millionen 1931 wieder nach Argentinien rücküber-wiesen worden. Auf eine Frage des Staatsanwaltes erklärt der Angeklagte, daß er keinerlei Aktien der argentinischen Gesell-schaft in Buenos Aires besitze habe. Die Provision, welche die Argentinier bezogen hätten, habe 2 1/2 oder 3 Prozent betragen.

Sehr eingehend wurden dann Korrespondenzen zwischen dem Angeklagten und dem Direktor des in der Reichspostzeitung gelegenen Werkes Neubad, Otto Gensler, erörtert, in denen Überlieferungen von 10 Millionen Mark an die Ultramarine aus der Rodwolle nach Vorbringen wurden. O. C. Lahnens erklärt dazu, daß diese Transaktionen zwischen der Ultramarine-Werke fast zu machen für eine große Markte, die zu billigen Zinssätzen auf dem Markt der Bank zugunsten des Gesamtmarktes aufgenommen werden sollte. Als nächstes Thema soll die sogenannte „Transaktion im Bier“ morgen vormittag zur Besprechung kommen.

## Starbemburg in Rom

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 6. SEPTEMBER

Die Reichsstelle der Österreichischen Heimwehr meldet, daß Bundespräsident Friedrich Stadlerberger gestern mit seinem Einverständnis in Rom von Mussolini empfangen wurde. Nach einer Audienz beim Papst, der dem Bundesführer den Segen für die Heimwehr erteilte, wird Friedrich Stadlerberger morgen im Sonderzug nach Wien zurückkehren.

Bundespräsident Dr. Dollfuß empfing heute Sicherheitsdirektor Dr. Steidle und die Heimwehrführer von Tirol, die wie die Heimwehrleiter melden, von ihm die Erziehung von Konzen-trationslagern für die Arbeiter-Reichspoststellen verlangten. Der heutige Ministerpräsident teilte mit diesen Verlangungen, wobei aber darauf verwiesen werden soll, daß die Regierung bereits durch Entsendung von Truppen nach Tirol Ver-sicherungen für die Sicherheit getroffen habe.

## Im Ruhrland

Nach Aufhebung der Strafvollzugsämter wurden auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhrland wieder die Präsidenten der Straf-vollzugsämter Wundhoff in Berlin, Dr. Humann in Breslau, Mün-ster und Galle, Rentes in Düsseldorf, Dr. Ebel in Hamm-Westfalen, Groß in Köln, Schulze in Raumburg u. d. Gaule.

# Neubildung der Kirchenbehörden

Beschlüsse des Kirchensenats

Der Kirchensenat der Altprotestanten Union trat gestern zum ersten Male nach seiner Neubildung unter dem Vorsitz seines Prä-sidenten Dr. Werner zusammen. Nachdem die Generalprobe durch Gesetz dem Kirchensenate ihre Rechte und Befugnisse über-tragen hat, liegt bei dieser Körperpolitik nunmehr die Führung der Altprotestanten Landestirche. Die Vollmachten des Senats sind gegenüber den in der Kirchenverordnungen fest-gelegten noch dadurch erweitert worden, daß es Recht erhalten hat, vorbestimmte Beschlüsse zu erlassen.

Dem Kirchensenate gehören fünfzehn Mitglieder an: Der Prä-sident der Generalprobe und seine beiden Stellvertreter, die Vor-schenden der Provinzialkirchenräte, die Generalprobeintenden-ten, sowie je zwei vom Kirchensenate, der Generalprobe, der Prä-sident und drei Mitglieder des Oberkirchenrats. Weitere zehn Mitglieder des Kirchensenats hat die Generalprobe, wie bereits erwähnt, neu gewählt, und zwar sieben von der Gruppe der Deutschen Christen, drei von der Gruppe Evangelium und Kirche. Die Wahl fiel auf folgende Persönlichkeiten: Herr-vorredner-Berlin, Abmätter-Manteuffel, Dr. Krause-Berlin, Dr. Gütle-Berlin, Rummel-Berlin, Lange-Damm, Weste-Pommern, von Arnim-Kröschendorf, Dr. Wenig-Berlin und Dr. Weigner-Greifswald. An der Spitze des Kirchensenats steht der Präsident der Generalprobe Dr. Werner.

Der Kirchensenat beschäftigt sich zunächst mit den von der Generalprobe verabschiedeten Gesetzen, dem Gesetz über die Erziehung des Landesbildungswesens und der zehn evangelischen Westminster sowie mit dem Sonntagsgesetz. Wegen der Gelege wurde kein Einpruch erhoben. Sie sind damit in Kraft getreten

## Paul-Boncour referiert

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 6. SEPTEMBER

Der Außenminister Paul-Boncour hat heute im Minister-rat einen ausführlichen Vortrag über den Stand der auswärts-tigen Politik gehalten. Im Vordergrund des Interesses steht in Paris augenblicklich wieder die Abrüstungsfrage und man bereitet sich schon mit aller Kraft auf die am 18. September statt-findende französisch-englisch-amerikanische Zusammenkunft vor. Man sieht bei der allseitig hochgepunkteten Spannung entgegen, denn man glaubt, bei dieser Gelegenheit wenigstens einen großen französischen Sicherheitswandel durchsetzen zu können: die Ein-richtung einer allgemeinen, ständigen Rüstungskontrolle. Der „Temps“ erwartet noch einige Schwierigkeiten von englischer Seite, aber „es ist kein Zweifel mehr, daß im Licht der augenblicklichen Ereignisse in Deutschland die Engländer sich mehrheitlich den franzö-sischen Vorschlägen nähern. England ist jetzt entschlossen, die fran-zösische Forderung der Kontrolle nicht abzulehnen, sondern nur den Mittel zu suchen, sie dem Rahmen des MacDonaldschen Ab-rüstungsplanes einzugliedern.“

Mit der Annahme der Rüstungskontrolle allein scheint man aber in Paris nicht zufrieden zu sein. „Es gibt eine tief

und werden vom Kirchensenate auch der Deutschen Evangelischen Kirche vorgelegt werden.

Entsprechend dem von der Generalprobe vorgelegten Wunsch wurde Herr von Göttingen zum Bischof von Brandenburg berufen. Er ist auch gleichzeitig geistlicher Bischof-präsident des Evangelischen Oberkirchenrats und der ständige Ver-treter des Landesbischofs von Preußen.

Der Kirchensenate beschloß, folgende Mitglieder des Oberkirchen-rats in den Ruhestand zu versetzen: die Oberkonsistorialräte D. Karno, D. Jeremias, Jenelmann, D. Schlegel, D. Sellin, D. Richter II, D. Fischer. In den Ruhestand versetzt wurden weiter: Generalprobeintendant D. Bielefeld-Berlin, D. Werner-Schmeddich, D. Eger-Magdeburg, D. Kalmiet-Danzig, D. Schjann-Breslau, D. Ciba-Berlin, D. Ralmus-Stettin.

Die übrigen Generalprobeintendenzen wurden mit der Verwal-tung ihres Sprengels bis zur endgültigen Regelung der Bistümer betraut. In den Evangelischen Oberkirchenrat wurden berufen: als Dirigent des Oberkirchenrats Dr. Riefe, als haupt-sächlich Oberkonsistorialrat Herr Dr. Freitag und Herr Dr. Werner, als nebenamtliche Oberkonsistorialrat Herr Dr. Eder (Bielefeld), Professor Stolzenburg, Herr Robling (Griedenberg), Herr Dr. Wieden, Herr Dr. Zhom.

Der Kirchensenate übertrug seine Befugnisse bis zur nächsten Sitzung auf einen Ausschuss, dem folgende fünf Mitglieder des Senats angehören: Bischof Jollenfeiler, Präses Dr. Werner, Ministerialdirektor Zäger, Generalprobeintendant D. Zaner, Abmätter Weiler.

organisierte Kontrolle genügt nicht, um die Sicherheit der Welt zu organisieren“, schreibt der „Temps“, „denn die Natio-nen unter Umständen sich vor ihrem Gewissen entschuldigen können, ihre Verteidigungsmittel herabzusetzen, muß ein während einer verhältnismäßig langen Periode unter-nommen werden Versuch die Wirksamkeit des Systems erweisen. Das ist eine unbedingt notwendige Probe, ohne die das Vertrauen in Europa nicht wieder erlangen kann.“

Weitere aber ist notwendig, daß von Anfang an nicht die geringste Zweideutigkeit besteht, und daß man die volle Gewiss-haft hat, daß keine Macht über andere militärische Mittel verfügt, als die sie öffentlich zugeben kann. Das ist der Grund, weshalb angelehnt die Organisation einer all-gemeinen Kontrolle zunächst eine Untersuchung in Deutschland notwendig ist, die die wirtschaftliche Bilanz der Rüstungen Deutschlands und jener anderer Nationen gehalten soll, deren Militärmarkt durch die Friedensverträge freigegeben ist. Eine deutliche Kontrolle würde Deutschland die Gelegenheit geben, den Beweis seines Willens und seines guten Glaubens zu erbringen, was es nicht innerhalb der Grenzen der Verträge geliebt ist. Sollte dies nicht der Fall sein, würde die Kontrolle die Kontrolle Nationen darüber auflösen, welches Vertrauen sie in die Genf abgesehenen Konventionen setzen können.“

## Die englischen Gewerkschaften zum Kriegsfall

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 6. SEPTEMBER

Der in Brighton tagende Gewerkschafts-Kongress hat sich heute mit dem Beginn eines kommenden Krieges beschäftigt. Der Kongressvorsitzende Wallden hat am Ende eines Referats eine Resolution eingebracht, in der gefordert wird, daß die Gewerkschaften, im Falle ein Krieg erklärt werden sollte, einen Boykott durchzuführen sollten. Im Namen des Generalsekretärs der Gewerkschaften hat dazu aber der Delegierte Gibson an die Resolution des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Wien erinnert, in der der Generalsekretär der Arbeiter als die beste und kürzeste Wege gegen einen Krieg bezeichnet wurde. Diese Resolution erhebt weitgehender und genauer als die heute noch Gewerkschaftskongress vorgebrachte. Gibson verlangt die Annahme des Generalsekretärs nicht erst, wenn ein Krieg erklärt ist, sondern im Augenblick, in dem die angreifende Nation fest-gestellt worden wäre.

Der Kongressleiter erklärte sodann, daß der Generalsekretär-schaftsrat sein eigenes Gesetz die Vollmacht habe, einen Sonderkongress einzuberufen, der sich über Arbeiteraktionen über den Moment einer Kriegserklärung schlichtig zu werden habe. Der Generalsekretär beschloß noch vor Ende des Jahres eine außer-ordentliche Gewerkschaftsversammlung einzuberufen, in der aber man sich mit der weitestgehenden Situation befassen werde.

## Schwedens Gewerkschaften gegen deutsche Waren

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

STOCKHOLM, 6. SEPTEMBER

Die Sonderorganisation der Schwedischen Gewerkschaften, hat sich für eine Boykottaktion gegen deutsche Waren erklärt, und zwar in Form eines Aufrufes, den seit den Arbeiter-klassen. Es wird in einem Aufsatz ausgeführt, daß diese Boykott-aktion auch die deutschen Arbeiter trifft. Der Aufruf betont weiter, daß es sich nicht um Transportmittel, sondern um andere Nationen handelt, die Schwedische Unternehmungen in Schwierigkeiten versetzen oder Arbeitslosigkeit für den Schwedischen Arbeiter im Gefolge haben könnten. Ebenfalls

dürfen die geltenden Abkommen nicht verletzt werden, sondern der Schwedische Arbeiter soll vermeiden, deutsche Waren zu kaufen, wenn gleichwertige Erzeugnisse schwedischer oder nicht-deutscher Herkunft zu haben sind.

Die bürgerliche Presse, soweit sie zu dem Populä-rismus neigt, hat bereits die Forderung gestellt, die Aus-landsrechte und verwandtschaftlichen Beziehungen mit deutschen Werten. Wie man auch zu dem neuen Krieg in Deutschland siehe, so habe doch kein fremdes Land das Recht zu irgendeiner gegen den Deutschen Staat gerichteten Aktion. Außerdem aber würden solchen Endes Schweden und das ganze Schwedische Volk unter eventuellen Repressalien von deutscher Seite zu leiden haben.

## Ende der rumänischen Regierungskrise

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BUKAREST, 6. SEPTEMBER

Die Regierungskrise ist abgeklungen. Die Krise der Mehrheits-partei dagegen noch lange nicht überwunden. Die gestrige Mitbestimmung der Parteiführer Maniu hat hauptsächlich in Liebenbürgen die Spannung zwischen den Anhängern des Minister-präsidenten Balta Bojow und den Maniu-Deuten erheblich ver-schärft. Aufeinander mit Balta Bojow gegen Maniu energisch ausgeführt. Maniu wird Balta Bojow noch länger zu verdrängen, daß Balta Bojow jedoch die Mehrheit der Abgeordneten ohne Bezug auf die Parteilinie zu übernehmen. Sollte sich Maniu zu den Vertretern des Maniu-Festes Pollas betonen, so würde er sich vor einem eigenen Parteiausbruch zu verantworten haben. Die politi-sche Untersuchung gegen seinen Neffen Boia und Ge-nossen ist bereits eingeleitet worden.

Maniu ist der Ministerpräsident in einem rumänischen Amt abgeteilt, wodurch das Ende der Regierungskrise auch äußerlich zum Ausdruck gebracht wird.

## Das bulgarische Königspaar in England

Der König und die Königin von Bulgarien, die sich auf einen privaten Reise in England befinden, sind nach einträglichem Aufenthalt in London nach Schottland weitergefahren. Hier befinden sie zunächst in Aberdeen, dessen Gatten die Tochter des ehemaligen bulgarischen Gesandten in London ist, und werden später Gast des englischen Königspaares auf Schloss Palmora sein.











Kredit-Auslese

Schon die ersten Reden, die anlaßlich der gestrigen Eröffnungssitzung der Banken-Enquete gehalten wurden, ließen die ungenutzte Vielseitigkeit der Aufgaben erkennen, vor die sich der vom Bankenkuratorium ernannte Ausschuß gestellt sieht. Doch deutlicher tritt die Mannigfaltigkeit in der Referatverteilung, die das Untersuchungsgebiet systematisch ordnet und aufgliedert, in Erscheinung. Aber die Größe der Aufgabe wird den nicht schrecken, der die Notwendigkeit einer schnellen Lösung erkannt hat. Sie wird vielmehr Ansporn zu raschem, gründlichem Handeln sein. Schon der erste Tag hat bewiesen, daß der Ausschuß mit zähsicherer Energie aus Werk geht. Hierfür bürgen nicht nur der aufgestellte Arbeitsplan, die klare Themenabgrenzung und das Arbeitstempo, sondern auch der Geist, der aus den gestrigen gehaltenen vier Reden sprach.

Als die Banken ihre kritischsten Monate erleben, war es unmöglich gewesen, die Probleme öffentlich zu behandeln. Wenn ein Haus einzustürzen droht, hat man nicht immer Zeit, abzuwenden, wird es häufig notwendig sein, die besonders gefährdeten Stellen durch Notpfeiler zu stützen, die bereits entstandene Risse zu beseitigen. Wenn aber die akute Gefahr behoben ist, kann man daran gehen, das ganze Bauwerk zu überholen. Noch vor zwei Jahren bestand eine gewisse Scheu, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Man konnte nicht gut das Vertrauen zu den Banken wiederherstellen, wenn gleichzeitig bewiesen, daß das schwere Fehler im System vorliegen.

Heute liegen die Dinge anders. Der elementare Geld- und Kreditverkehr funktioniert; die Tatsache, daß eine Enquete veranstaltet wird, kann in niemanden Zweifel hinsichtlich der Sicherheit der Banken aufkommen lassen. Die ganze Themenstellung macht es vielmehr auch dem Uneingeweihten klar, daß es sich bei der Untersuchung lediglich darum handelt, ein Optimum herauszuholen, die treffsicherste Methode der Kreditverteilung zum Nutzen der Allgemeinheit aufzufindern und zugleich das rationelle, reibungsloseste und sicherste Verfahren im Geld- und Ueberweisungsverkehr zu ermitteln, also im wahrsten Sinne „Dienst am Kunden“ zu üben. Daß derartige Bemühungen der sachverständigen, mitten ins Wirtschaftsleben gestellten Köpfe nicht nur kein Vertrauen störendes, sondern vielmehr ein im hohen Grade Vertrauen stärkendes Element darstellt, hat Dr. Schacht mit vollem Recht in seiner gestrigen Eröffnungsansprache betont.

Der Gedanke des Kundendienstes hat, auf die Banken genützt, seinen besonderen Sinn, dem Kunde der Banken in ihrer Gesamtheit ist die gesamte Wirtschaft. Auch der Vergleich mit der Eisenbahn, den Staatssekretär Eder gestern in die Debatte warf, ist plausibel und wirklichkeitstreu. Denn wie der Güterzug die Ware vom Erzeuger zum Händler, vom Händler zum Verbraucher trägt, so ist es Aufgabe der Banken, das in der Wirtschaft sich aufspeichernde Sparkapital zu sammeln und im Kreditwege überall dahin zu lenken, wo es die nützlichste Verwendung findet. Ein zeitliches Interesse darf für die Banken nur maßgebend bei der Verteilung des Geldes sein, wenn die Bankwelt ihre volkswirtschaftlichen Aufgaben richtig erfüllen soll. Die mit Bankkredit durchgeführte Investition muß vielmehr den denkbar wirtschaftlichsten Zweck erfüllen.

Die vom Beauftragten des Reichskanzlers für Wirtschaftsfragen, Keppler, gekennzeichnete unerfreuliche Verquickung personeller Natur, die in der alten Epoche infolge des damals üblich gewesenen Sachratswesens zwischen Bank und Kreditnehmer bestanden hat, ist deshalb besonders schädlich. Im Kampf um die beherrschende Position bei dem von der Bank finanzierten Industrie- oder Handelsunternehmen, im Wettbewerb um die Stimmenmehrheit wurde der Bankleiter gar zu leicht von seiner eigentlichen Aufgabe abgelenkt und hinsichtlich seiner Kreditpolitik auf falsche, im eigentlichen Sinne wirtschaftsferne und häufig sogar wirtschaftsfeindliche Wege abgedrängt. Dadurch entstand die verhängnisvolle Umkehrung des natürlichen Zustandes, die das Kapital, das eigentlich Diener der Wirtschaft sein sollte, zum mächtigsten, aber nicht zum weisesten Herrscher über die Wirtschaft stempelte.

Allzuweit läßt sich die Parallele zwischen der Eisenbahn, dem Verkehrsmittel der Güter, und den Banken, dem Verkehrsinstrument des Kredites, nicht ziehen. Daß etwa ein Dorf oder ein Marktflecken vom Anschluß an das Eisenbahnnetz ausgeschlossen wird, nur weil sich in der geringen Frequenz die Einrichtung einer Bahnstation an diesem Ort „nicht rentiert“, ist allen eine denkbare Vorstellung. Weil es aber einem Privatunternehmer nicht zuzumuten werden kann, einen von vornherein als Verlustbetrieb gekennzeichneten Bahnverkehr zu eröffnen, hat sich frühzeitig der Staat die Herrschaft über das Transportwesen gesichert und soziale und bevölkerungspoliti-

tische Prinzipien gleichwertig neben das „rationelle“ Prinzip gesetzt.

Während bei der Eisenbahn der gesamtwirtschaftliche Nutzeffekt häufig im Widerstreit mit der privatwirtschaftlichen Rentabilität des Verkehrsunternehmens steht, ist dies im Kreditverkehr nicht oder jedenfalls nicht von vornherein sichtbar der Fall. Im allgemeinen wird es vielmehr so sein, daß die volkswirtschaftlich rentablere Investition im Vergleich zur weniger produktiven Kapitalanlage die bessere Kreditwürdigkeit bedingt und mindestens die gleiche Zinsbelastung trägt. Die Nachfrage nach zinslosem Kredit wird praktisch unbegrenzt sein. Da aber die Kapitaldecke nie unendlich groß und im Nachkriegsdeutschland bedenklich kurz ist, muß eine Kreditauslese getroffen werden. Ideal wäre eine solche Auslese niemals sein. Die Wirtschaftsgruppe aber, deren Kreditbedürfnis am elementarsten und deren wirtschaftliche Funktion am notwendigsten ist, wird in der Lage sein, den höchsten Zins zu bewilligen. Andererseits scheiden die Unternehmungen, die bei diesem hohen Zinssatz keine Profitmöglichkeiten erblicken, aus der Kreditnachfrage aus.

So wäre der Zins ein idealer Regulator des Marktes, wenn es nicht zu jeder Zeit und in jedem Lande Spekulationen gäbe, deren unrichtige Kalkulation nicht ohne Schwierigkeiten zu durchschauen ist, und wenn nicht außerdem auch in schlimmen Zeiten das Luxusbedürfnis nie ganz auszuschalten wäre und ebenfalls rentable Investitionsmöglichkeiten selbst bei hoher Zinsbelastung verspräche. Diese beiden

Faktoren eröffnen im einen Fall der Fehlinvestition, im anderen Fall der zwar rentablen, volkswirtschaftlich aber unnötigen Investition Finanzierungsmöglichkeiten durch die Banken. Beides steht indessen im Widerspruch zu der Forderung nach der wirtschaftlich gerechten „rentabelsten“ Verwendung des vorhandenen Sparkapitals.

Genau so wenig wie von den Ausschußmitgliedern soll hier in der Hauptfrage, die zur Debatte steht, nämlich ob und inwieweit das Kreditwesen verstaatlicht werden soll, das Ergebnis der Enquete vorweggenommen werden. Es lag uns nur daran, aufzuzeigen, daß das privatwirtschaftliche Rentabilitätsprinzip, welches in einem wirklich zum allgemeinen Besten geführten Eisenbahnwesen nicht auf seine Kosten kommen kann, im Bankwesen nicht von vornherein im Widerspruch zur selbstverständlichen wirtschaftspolitischen Forderung nach der idealen Kreditverteilung zu stehen braucht. Eine ganz andere Frage ist es indessen, ob andere Faktoren für eine Verstaatlichung der Banken sprechen. Wer z. B. den automatischen Ausleseprozeß durch den Zins beseitigen will, muß notgedrungen ein anderes Verteilungsprinzip an seine Stelle setzen. Wenn aber nicht Willkür und persönliches Interesse die optimale Kreditverteilung gefährden sollen, wird sich wahrscheinlich die automatische Regulierung nicht durch ein anderes System in der privatwirtschaftlichen Sphäre, sondern nur durch einen neutralen, vom Staat nach allgemeinen Gesichtspunkten durchgeführten Ausleseprozeß ersetzen lassen.

Die Referate der Banken-Enquete

Drei Untergruppen

In der Nachmittagsitzung des Untersuchungs-ausschusses für das Bankwesen wurde der Arbeitsplan durchgesprochen. Nach regem Gedankenaustausch die vorbereiteten Referate festgelegt, die sich in drei Gruppen gliedern.

Die erste Gruppe soll den derzeitigen Krisenzustand des deutschen Bankwesens und seine Ursachen darstellen, und zwar in folgender Aufgliederung:

1. Wirkungen des Krieges und der Kriegselosung auf das deutsche Bankwesen mit einem Rückblick auf die Vorkriegszeit.
2. Die Schumpfung des Kapitals und seine Surrogate.
3. Uebersetzung und Konkurrenz im deutschen Kreditwesen.
- 4-6. Sonderdarstellungen über den privaten Bankierstand, über das Genossenschaftswesen und über die Sparkassen.
7. Das Eindringen des Staates und der Kommunen in das Bankwesen.
8. Die Rentabilitätsfrage der Banken, ihre Unkosten und die Kalkulation.
9. Die Liquiditätsfrage.
10. Die fehlerhafte Kreditpolitik.
11. Die Zerrüttung des Geld- und Kapitalmarktes.

Die zweite Gruppe befaßt sich mit den bisherigen Sanierungsversuchen, und zwar werden behandelt:

1. Die Konzentrationsbewegung im deutschen Bankgewerbe und deren Gegenkräfte und die Tendenzen zur Dekonzentration und Sparkapitalverteilung.
  2. Die Versuche zur Rentabilitätsverbesserung, Kostenersparnis und Ertragssteigerung.
  3. Maßnahmen des Staates hinsichtlich einer Beaufsichtigung und Regulierung des Bankwesens.
  4. Die Krisenmaßnahmen des Jahres 1931.
  5. Private Geldschöpfungsversuche.
  6. Versuche zur Beeinflussung des Kapitalmarktes.
- Die dritte Gruppe endlich soll die bisherige Politik der Reichsbank gegenüber dem Bankwesen klarstellen, und zwar werden gestreift behandelt werden:
1. Die Zeit vor dem Kriege und im Kriege.
  2. Die Inflationszeit.
  3. Die Stabilisierung und Sicherung der Währung.
  4. Der Beitrag der Reichsbank zum Wiederaufbau des Geld- und Kapitalmarktes.
  5. Die auf die Erziehung der Banken zu Publizität, Liquidität und Solidarität gerichteten Maßnahmen der Reichsbank.
- Ferner ist vorgesehen, die Arbeiten des Ausschusses durch Sammlung des Materials über die Gesetzgebung des Auslandes auf dem Gebiete der Kreditbanken, durch eine Literaturübersicht zu den gegenwärtigen Problemen des Bankwesens und durch statistisches Material zu unterstützen.
- Die Namen der Referenten können erst dann bekanntgegeben werden, wenn die Zustimmungserklärungen der in Aussicht genommenen Herren eingegangen sind.

Geänderte Börsenordnung

Neuzulassungen zur Produktenbörse

Wie das V. D. Zz-Büro meldet, hat der Preußische Minister für Wirtschaft und Arbeit wichtige Änderungen der Berliner Borsenordnung verfügt, die einen Einblick in die Voraussetzungen gewähren, nach denen die Zukunft der Frage für die Wiederauflassung entschieden werden soll. Für Berlin ist die Änderung besonders aktuell, weil mit Ablauf des 31. Oktober d. Js. die Zulassung sämtlicher Personen erlischt, die als Unternehmer der Makler- oder Agentengewerbe bzw. als Makler tätig zugelassen wurden, oder die am 1. Juni 1933 das Gewerbe eines Maklers, Agenten oder Makleragenten an der Produktenbörse beibehalten zu beabsichtigen mit dem gleichen Zeitpunkt die Zulassung der Angestellten dieser Personen.

Ueber die Anträge auf Wiederauflassung entscheidet endgültig der Aufnahmeausschuss. Die Ablehnung der Anträge erfolgt unter Angabe von Gründen. Für die Wiederauflassung gelten im wesentlichen folgende Grundsätze (die im wesentlichen den früher mitgeteilten Richtlinien entsprechen Dr. Red.). Es dürfen nur einkommens- und vertrauenswürdigere Personen zugelassen werden. Personen, die sich im kommunistischen Sinne betätigt haben, sind von der Wiederauflassung ausgeschlossen. Staatlose Personen dürfen nur zugelassen werden, wenn sie deutschgebürtig sind. Die Antragsteller sollen eine mindestens fünfjährige Tätigkeit in einem geeigneten Unternehmen des Landesproduktionshandels oder der Getreide verarbeitenden Industrie nachweisen. Von der Wiederauflassung ausgeschlossen sind Personen, deren finanzielle Lage zu Bedenken Anlaß gibt. Jedoch darf der Nachweis eines bestimmten Vermögens nicht gefordert werden. Personen, die ein anderes Gewerbe betreiben oder Positionen beziehen, sollen nicht wieder zugelassen werden. Frontkämpfer, Kriegbeschädigte und Personen, die sich um die nationale Bewegung besonders verdient gemacht haben, sind bei der Wiederauflassung bevorzugt zu behandeln. Für sie sind Ausnahmen von anderen Voraussetzungen zulässig.

Reichspost-Beschaffungs-Gesellschaft m. b. H. gegründet. Zur Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsbank ist am 28. September ein Unternehmen mit 76,6 RM RM ist die „Reichspost-Beschaffungs-Gesellschaft m. b. H.“ gegründet worden. Die Gesell-

schaft wirkt nicht bei der Vergabe der Aufträge mit, sondern hat ähnliche Aufgaben zu erfüllen, wie sie im Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Offa) obliegen. Die Deutsche Reichsbank finanziert ebenso wie die Reichsregierung ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm durch einen Wechselkredit. Die Reichspost-Beschaffungs-Gesellschaft m. b. H. hat bei diesem Verfahren die von den Auftraggebern der Deutschen Reichsbank auszustellenden Arbeitsbeschaffungswechsel zu akzeptieren.

Neue Arbeitsaufträge in Westfalen. Wie der Präsident des Landesarbeitsamtes Westfalen mitteilt, sind in diesen Tagen vom Kreisamt für Offa für Westfalen die ersten Bewilligungen aus dem Reinhardt-Programm ausgeschrieben worden, so daß demnächst mit der Arbeit begonnen werden kann. Es handelt sich um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Monat August vom Landesarbeitsamt Westfalen 128 Anträge mit rund 580 000 Tagewerken bewilligt, wofür eine Grundforderung in Höhe von 0,28 Mill. Reichsmark bewilligt wurde. Durch diese Maßnahme ist für 3745 Notstandsarbeiter auf die Dauer von durchschnittlich 3½ Monaten Arbeit beschafft. Daneben sind noch Wäschersuch- und Brückenverbesserungsarbeiten sowie Wegebauarbeiten im Wert von 10-20 Mill. Reichsmark für die weiteren Ausdehnung der Notstandsarbeiten kann gerechnet werden.

Rotopost saniert 6.1. Die Rotopost AG. für Flugzeugfabrikation und Luftverkehr hat am 28. September eine Kapitalerhöhung von 4:1 mit Wiederaufhebung auf 0,65 Mill. beschlossen und später zur Deckung von Verlusten 0,35 Mill. RM Aktien eingezogen hatte, bereitet neue Sanierungsmaßnahmen vor. Die Rotopost AG. hat am 28. September eine Kapitalerhöhung zur Deckung von Verlusten und zum Ausgleich von Wertminderungen beschlossen. Gleichzeitig wird die Ausgabe von 0,28 Mill. RM Genussscheine zu 100 Reichsmark zur Wiederaufhebung des Kapitals um 0,28 auf 0,33 Mill. RM beantragt.

Stilleterung der Flugzeugfabriken Bleriot. Die Flugzeugfabriken des Franz. Konstrukteurs und Fliegers Bleriot haben, wie aus Paris gedröhrt wird, ihren Betrieb stillgelegt. Ob es sich um die Bleriotwerke in Courmoulin bei Langres handelt, ist noch nicht bekannt, ebenso ob der Betrieb später wieder aufgenommen werden wird.





